

## J.DG Webinar-Reihe „Jung sein in Corona-Zeiten“

### Eine kompakte Zusammenfassung

Die J.DG hat im Februar 2021 zwei Online-Veranstaltungen organisiert, bei denen sich junge Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit **Ministerpräsident Oliver Paasch** und **Bildungsministerin Lydia Klinkenberg** austauschen konnten.

Hintergrund war die seit einem knappen Jahr herrschende Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen. Noch nie mussten in Friedenszeiten solch drastische Regelungen getroffen und unsere Freiheiten so stark eingeschränkt werden.

Studien haben gezeigt, dass junge Menschen besonders unter dieser Situation leiden. Ziel dieses Austausches war es also, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, gehört zu werden.

**Der Ministerpräsident und die Ministerin betonten, wie wichtig es sei, auch in diesen Zeiten im Austausch zu bleiben.**

### Austausch mit Oliver Paasch

#### Impfungen

**Warum ist man an anderen Orten mit dem Impfen schon weiter fortgeschritten? Und warum ist das Impfverfahren in Belgien anders?**

Man hat sich in der EU für eine gemeinsame Vorgehensweise entschieden. Man hat also **gemeinsam** den Impfstoff bestellt, und nicht jeder seinen eigenen. Die EU hat nämlich auf dem Weltmarkt mehr Gewicht als die einzelnen Staaten.

Belgien, als relativ kleiner Staat, hat von dieser Vorgehensweise profitiert. Auf dem Weltmarkt hätte Belgien nämlich nicht genug Gewicht gehabt, um sich zu behaupten.

Allgemein muss man zur europäischen Vorgehensweise sagen, dass man zu Beginn der Pandemie noch nicht absehen konnte, welcher Impfstoff das Rennen machen würde. Die EU hat daher „auf mehrere Pferde gesetzt“. Dies hat dazu geführt, dass nicht direkt massiv Impfstoffe zur Verfügung standen. An anderen Orten hätte man direkt alles auf ein Pferd gesetzt, mit dem Risiko am Ende auf das falsche gesetzt zu haben.

Bei den sicheren Impfstoffen wurden aber bereits massive Nachbestellungen in Auftrag gegeben.

Außerdem fährt man in Belgien eine eher **vorsichtige** Strategie beim Impfen. Das heißt, dass man immer ausreichend Impfstoff auf Lager hält, um jedem der eine erste Dosis erhält, auch eine zweite garantieren zu können. Anderswo verfährt man in dieser Hinsicht anders, mit dem Risiko bei Lieferengpässen nicht alle rechtzeitig ein zweites Mal impfen zu können.

In Europa befindet sich Belgien aktuell unter der Top 5, was die Geschwindigkeit beim Impfen angeht. Zum Zeitpunkt des Austausches waren 4% der belgischen Bevölkerung geimpft. Man hat sich dafür entschieden, den Risikogruppen beim Impfen den Vortritt zu lassen. Diese machen immerhin 30% der Bevölkerung aus.

In Brüssel hatte man sich die Frage gestellt, ob die Politiker nicht den Anfang machen sollten, um als gutes Beispiel voranzugehen. Es ist jedoch wichtiger, den Risikopatienten zuerst ein Impfangebot zu bieten.

**Der Impffortschritt ist für weitere Lockerungen ausschlaggebend.** Sind die Risikopatienten einmal geimpft, ist der Spielraum für Lockerungen etwas größer, weil das Risiko von Krankenhausüberlastungen dadurch reduziert wird.

### Wird es Vorteile für Geimpfte geben?

Der Ministerpräsident hat sich dezidiert **gegen** solche Vorteile ausgesprochen. Eine Impfpflicht kommt für ihn ebenfalls nicht in Frage, auch wenn das Impfen sehr wichtig ist.

Gesetzlich wird es, so die Einschätzung des Ministerpräsidenten, keine Vorteile für Geimpfte geben. Es besteht aber die Gefahr, dass solche Vorteile oder ein gewisser Druck sozusagen durch die Hintertüre entstehen. Zum Beispiel könnte es passieren, dass Fluggesellschaften eine Impfung bei ihren Passagieren zu einer Grundvoraussetzung machen. Außerdem ist Belgien ein vergleichsweise kleines Land. Wenn andere Länder eine Impfpflicht einführen, wirkt sich das auch auf Belgien aus, die dorthin reisen möchten.

Hier kann dann nur der **Dialog** helfen, um solche Situationen zu vermeiden.

### **Wie sieht es mit den Risiken der Coronaimpfung aus? Sind die Stoffe ausreichend erforscht?**

Viele junge Menschen machen sich Sorgen, welche **Folgen** die Impfungen auf lange Sicht haben könnten. Nicht zuletzt auch auf die Fruchtbarkeit, und somit auch auf die Lebensplanung.

Der Ministerpräsident hat zu diesem Thema sehr viele Gespräche mit Gesundheitsexperten und Universitäten geführt. Unabhängige Untersuchungen an Universitäten haben gezeigt, dass man alle Folgen eines mRNA-Impfstoffes bereits nach sechs Wochen erkennen kann. Somit sind **keine** unerwarteten Langzeitfolgen zu befürchten.

Andere Impfstoffe haben in der Vergangenheit unerwünschte Langzeitfolgen bewirkt. Aber diese Stoffe basierten auf anderen Technologien, die nicht mit den mRNA-Impfstoffen zu vergleichen sind.

Die Impfstoffe sind zwar in einer vergleichsweise kurzen Zeit entwickelt worden, aber der Grund dafür liegt in der Pandemie selbst. Auf der ganzen Welt hat man sich ein Jahr lang auf die Entwicklung dieser Impfstoffe konzentriert, und an fast nichts anderes mehr gearbeitet. Diese konzentrierte und weltumspannende Zusammenarbeit, hat für die große Geschwindigkeit gesorgt.

## Maßnahmen und Einschränkungen

Die Jugendlichen leiden **enorm** unter den Einschränkungen, das weiß auch der Ministerpräsident. Sie sind aber trotzdem sehr wichtig. Ziel der Maßnahmen ist es, die Überlastung unserer Krankenhäuser zu verhindern. Dabei geht es nicht nur um den Schutz der Risikopatienten. Sind die Krankenhäuser einmal voll, dann kann keiner mehr aufgenommen werden. Sei es wegen einer Corona-Erkrankung oder wegen eines Beinbruchs.

Nichtsdestotrotz haben die Einschränkungen einen enormen Einfluss auf unsere Gesellschaft. Es hat noch nie so viele Depressionen gegeben, wie heute. Gerade die jungen Leute sind davon betroffen. Diese Folgen sind keine wirkliche Überraschung. Der Ministerpräsident verweist diesbezüglich auf die soziale Natur des Menschen.

## Wo bleibt für junge Menschen in diesen Zeiten der Ausgleich?

Viele junge Menschen verbringen momentan den ganzen Tag vor dem Computer. Sie treffen keine Freunde und haben an den Universitäten oder in ihrem Wohnort im Dorf durch das Ausbleiben von (Einführungs-)Veranstaltungen keine Möglichkeit, sich zu integrieren. „**Die Motivation ist am Boden**“, so die Fragestellerin.

Der Ministerpräsident sagte dazu, dass die Jugendlichen bei Lockerungen auf jeden Fall **Priorität** haben müssen. Die Jugendlichen zeigen sich in diesen Zeiten dennoch besonders solidarisch. Sie sind nicht so sehr von dem Virus bedroht, aber leiden unter den Einschränkungen besonders stark.

Die Minister überlegen, wie man der Jugend hier helfen kann. Einerseits könnte das über eine Anpassung der Protokolle für die Freizeitaktivitäten geschehen. Hier wird nämlich geregelt, was zum Beispiel in Sportvereinen oder Jugendgruppen möglich ist. An dieser Lösung wird bereits gearbeitet.

Andererseits ist es wichtig Perspektiven zu schaffen. Wir haben während der ersten Welle immer Perspektiven gehabt. Für Maßnahmen wurde Zeiträume genannt. Das fehlt im Moment, und das macht vielen Leuten sehr zu schaffen. Der Ministerpräsident fordert eine Exit-Strategie. Einen Fahrplan mit konkreten Etappen und Zeiträumen: Was ist wann unter welchen Voraussetzungen wieder möglich?

Der Ministerpräsident vermutet, dass schon ab März/April 2021 im Freien wieder mehr erlaubt sein könnte.

## Warum ist die Ausgangssperre auf 22 Uhr gelegt worden? Und welche Rechtfertigung gibt es für diese Maßnahme?

Der Fragesteller hat darauf hingewiesen, dass die Menschen sich dann einfach früher treffen würden, oder beieinander übernachten.

„Es handelt sich bei dieser Maßnahme um eine **enorme Freiheitseinschränkung**, die wir in Friedenszeiten noch nicht gekannt haben“, so der Ministerpräsident. Diese Maßnahme ist sehr umstritten, auch unter Juristen. Aber sie wurde in einem Urteil vom Staatsrat bestätigt.

Studien belegen, dass die Ausgangssperre das effektivste Instrument ist, um die Infektionszahlen im Zaum zu halten. Das Virus verbreite sich zwar ab 22:00 Uhr nicht schlagartig schneller, aber die Ausgangssperre dämmt trotzdem das „Partyleben“ ein.

**„Wer die Ausgangssperre lockert, der nimmt steigende Infektionszahlen in Kauf“**, so der Ministerpräsident. Sie wird uns deshalb noch eine Weile begleiten.

Eine erste Lockerungsmaßnahme könnte das Verschieben von 22:00 auf 00:00 Uhr sein, wie es in Flandern der Fall ist. Diese Entwicklung hängt, wie alle Lockerungen, stark vom **Impffortschritt** ab.

Auch die **Cafés und Restaurants** müssen sich noch etwas gedulden. Trotz Sicherheits- und Hygienekonzepten waren die Café- und Restaurantbesuche maßgeblich an der Entstehung der zweiten Welle im Herbst beteiligt. So traurig das auch sein mag, könne man dies über das Tracing nachweisen.

Eine Öffnung des Horeca-Sektors könnte, wenn es soweit ist, mit einer Lockerung der Ausgangssperre einhergehen.

## **Perspektiven und Lehren**

Der Ministerpräsident hat in der Diskussion mehrfach darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, jetzt **die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen**.

Die Krise hat viele Schwächen zutage befördert. Wir sehen zum Beispiel jetzt die Auswirkungen der Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen. Jetzt geht es darum diese Fehler und Schwachstellen zu beheben, und sie nicht zu wiederholen.

Die Krise bietet eine große Chance die **Digitalisierung** voranzutreiben. In den Schulen gilt es deshalb alle Schüler und Lehrpersonen mit modernen Endgeräten auszustatten. Die DG hat die Mittel dafür bereits vorgesehen, aber der Markt für diese Geräte ist leider zurzeit leer.

Die vielen „Weißen Zonen“ in der der DG stellen ein großes Hindernis für eine **flächendeckende Digitalisierung** dar. Also Zonen, in denen es keine oder nur eine sehr schlechte Internetverbindung gibt. Aus diesem Grund ist an manchen Orten gar kein Home-Office möglich. Für dieses Problem ist die DG eigentlich nicht zuständig. Weil dieses Problem aber schon lange bekannt ist, und bisher nicht behoben wurde, hat die DG beschlossen trotzdem zu investieren.

Ziel ist ein flächendeckendes **Glasfasernetz**, sodass jeder Haushalt Zugang zu schnellem Internet hat. Dieses Projekt wird über 100 Millionen Euro kosten, die DG wird sich mit 40 Millionen Euro beteiligen. Bis 2024-2025 soll jeder Haushalt in der DG Zugang zum Glasfasernetz haben.

Das **Home-Office** bietet viele Vorteile. Hatte man anfangs noch Bedenken bezüglich der Produktivität, hat uns die Krise das Gegenteil bewiesen. Das Home-Office löst außerdem Platzprobleme. Wenn mehr Leute von zuhause arbeiten, dann muss auch nicht mehr so viel ausgebaut werden. In Punkto Mobilität ist das Home-Office eine Entlastung, weil nicht mehr jeder zur Arbeit fahren muss. Diese Vorzüge wirken sich auch positiv auf die Umwelt aus.

Es gibt Hinweise darauf, dass die aktuelle Krise mit dem Klimawandel zusammenhängt. Wir müssen uns also Gedanken um unsere Lebensweise machen, und nachhaltiger werden.

Der Ministerpräsident ist außerdem davon überzeugt, dass der kommende Sommer im Vergleich zum Sommer 2020 ein besserer wird. **Die entwickelten Impfstoffe sind ein Lichtblick.** Aber es kommen neben den Impfstoffen auch wirksame Medikamente hinzu. Diese sind auch ein wichtiges Instrument, welches in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung findet. Im Herbst werden wir schon einen weiten Weg gegangen sein, und bis dahin wird es auch schon einige Lockerungen geben. Wenn die Risikogruppen einmal geimpft sind, dann müssen wir nicht mehr befürchten, dass die Krankenhäuser an ihre Grenzen stoßen könnten. Das Virus darf dann in gewisser Weise auch zirkulieren.

Durch die Krise sollte uns auch der Wert vieler Freiheiten bewusst geworden sein. Vieles was uns vorher als selbstverständlich galt, wurde plötzlich eingeschränkt. Dasselbe gilt auch für den Wert der Demokratie. Im Zuge der Pandemie haben **Fake-News und Verschwörungstheorien** auch bei uns zugenommen.

Diese werden über Netzwerke verbreitet, deren Ziel die Spaltung der Gesellschaft und die Schädigung der Demokratie ist, so der Ministerpräsident. Diese Absichten sind nicht immer auf Anhieb zu durchschauen. Und zudem wird ein enormer Aufwand betrieben, um Seriosität vorzutäuschen.

Die Menschen haben in Krisenzeiten, wie wir sie gerade durchleben, ein großes Bedürfnis nach Erklärungen. Deshalb fallen viele Menschen auf diese Theorien rein, auch wenn sie unglaublich erscheinen.

Eine Forsa-Umfrage hat im November ergeben, dass 20% der DG-Bevölkerung dazu neigen Fake-News und Verschwörungstheorien zu glauben. Mittlerweile, so befürchtet der Ministerpräsident, dürften es noch mehr sein.

Um dem entgegenzuwirken, muss man den Menschen die Möglichkeit geben, die Absichten zu durchschauen, und sich kritisch mit den Behauptungen auseinanderzusetzen. Die Regierung hat daher eine externe Analyse in Auftrag gegeben, um die Hintergründe dieses Phänomens zu beleuchten. Das Ziel ist es, externen Personen und Organisationen das notwendige Know-How im Umgang mit diesen Phänomenen zur Verfügung zu stellen.

Der Ministerpräsident stellt auch klar, dass es dabei nicht darum geht die Regierung in ihrer Kommunikation zu beraten, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wurde.

## Austausch mit Lydia Klinkenberg

### Wird es im Juni Prüfungen geben? Und kann man sitzen bleiben?

Man kann noch nicht mit Sicherheit sagen, ob es im Juni Prüfungen geben wird. Es wird aber angestrebt. Die Ministerin wird sich demnächst mit den Schulleitern treffen, um sich diesbezüglich zu beraten.

Wichtig ist es im Moment erstmal zurück in den Präsenzunterricht zu können. Studien haben nämlich gezeigt, dass die jungen Leute stark unter der aktuellen Situation leiden und mitunter überfordert sind. Aber die Gesundheitsexperten sind angesichts der neuen Virusmutationen sehr vorsichtig. Man befürchtet den Ausbruch einer dritten Welle im März. Im Moment diskutiert man sogar über eine Verschärfung der Maßnahmen.

**Die Schulen sollen aber bei Lockerungen auf jeden Fall Priorität haben!** Dafür wird sich die Ministerin auch weiterhin stark machen.

Was den Stoff der Juniprüfungen angeht, hängt die Entscheidung vom Schulträger ab. Im Gemeinschaftsunterrichtswesen wurden die ausgefallenen Weihnachtsprüfungen durch mehr Tests kompensiert. Dieser Stoff soll also im Juni 2021 nicht noch zusätzlich abgefragt werden.

Im freien Unterrichtswesen wurden teilweise Weihnachtsprüfungen abgehalten.

**Ob man sitzenbleibt, ist eine Entscheidung der Schulen.** Darauf hat die Ministerin keinen direkten Einfluss. Diese Entscheidung hängt von der Situation des einzelnen Schülers ab. Sind die Probleme nur auf die Pandemie zurückzuführen? Oder hat es schon davor Probleme gegeben?

Die Möglichkeit des Sitzenbleibens besteht - aber am Ende wird der Klassenrat im Zweifelsfall immer zugunsten des Schülers entscheiden.

### Warum gibt es keine Pflicht für Lehrer Videokonferenzen und Streaming anzubieten?

Besonders im Sprachunterricht kommt es auch auf mündliche Kompetenzen an. Die Ministerin hat schon mehrfach erfahren, dass es Lehrpersonen gibt, die kein Streaming anbieten, und ausschließlich auf Arbeitsblätter setzen. Man bewegt sich hier im Rahmen der pädagogischen Freiheit. Es liegt im Ermessen der Lehrperson, was er für pädagogisch angemessen hält. Eine **Streaming-Pflicht** kann es auch aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht geben.

Grundsätzlich wird aber daran gearbeitet, den Lehrern die notwendigen Werkzeuge an die Hand zu geben, um den **Fernunterricht** kreativ zu gestalten. Es ist auch für Lehrer eine neue Situation, die sie vor neue Herausforderungen stellt.

Die Ministerin macht auch darauf aufmerksam, dass es eine Umfrage bei Lehrpersonen, Schülern und Eltern geben wird. Ziel ist es herauszufinden, was man aus der Krise für die Zukunft mitnehmen kann.

**Durch den Wechselunterricht fallen innerhalb einer Woche alle Tests und Arbeiten an, die normalerweise auf zwei Wochen verteilt sind. Das ist eine große Belastung. Könnte man nicht auf Online-Tests zurückgreifen - oder das Niveau senken?**

Um Online-Tests durchführen zu können, müssten zuerst alle Schüler über ein geeignetes Endgerät verfügen. Das ist aktuell noch nicht der Fall. Die DG hat für 1,5 Millionen Euro 650 Laptops bestellt. Diese sind aber im Moment **leider** nicht lieferbar. Weil aus China derzeit keine Bildschirmkomponenten geliefert werden können, ist der Markt leer.

Aber die Digitalisierung ist auf jeden Fall ein wichtiges Thema geworden, mit dem man sich auch über die Krise hinaus beschäftigen muss.

Bei den Online-Tests stellt sich außerdem die Frage, wie die Einhaltung der Regeln kontrolliert werden kann. Man hat sich also vorerst von dieser Idee distanziert.

Was die Verteilung der Tests und die damit einhergehende Belastung betrifft, hatte die Ministerin dazu appelliert, auf eine **angemessene Verteilung** zu achten. Hier empfiehlt die Ministerin, mit den Schulleitern und den Lehrpersonen ins Gespräch zu kommen, um Lösungen zu finden.

Für die Arbeitszeit auf den digitalen Plattformen im Fernunterricht gibt es eine Regelung. Diese sollte eine Gesamtzeit von vier Stunden am Tag nicht überschreiten. Diese Zeit basiert auf einer wissenschaftlichen Empfehlung, um die Schüler nicht zu überfordern. Die Ministerin hat am Tag des Webinars selbst neun Stunden in Videokonferenzen verbracht, und weiß wie anstrengend das ist.

**Warum hat jede Schule ihr eigenes Konzept für den Hybrid-Unterricht?**

Es gibt seitens des Ministeriums die Vorgabe, im Hybrid-Unterricht wöchentlich zu wechseln. Diese Vorgehensweise wurde wissenschaftlich empfohlen, weil so eine ausgeglichene und faire Verteilung des Präsenzunterrichts garantiert wird.

**Die Umsetzung dieser Vorgaben hängt aber vom Schulträger ab.** Die Schulen des Gemeinschaftsunterrichtswesen halten sich in den meisten Fällen an diese Vorgabe. Aus organisatorischen Gründen ist aber manchmal eine Abweichung unumgänglich, wenn zum Beispiel ein Lehrer an mehreren Schulen unterrichtet.

Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass ein Schüler sich aus dem Fernunterricht in die Schule begibt, wenn er ein Problem mit dem Stoff hat.

Man sollte zuerst probieren, mit der Lehrperson über Teams an einer Lösung zu arbeiten. Sollte dies aber nicht möglich sein, könnte man sich, nach Absprache mit der Lehrperson, in die Schule begeben.

**Warum gibt es keine Maskenpflicht für unter 12-Jährige, wenn diese von den Mutationen besonders betroffen sind?**

Diese Diskussion wurde schon vermehrt geführt, aber man hat sich immer wieder dagegen entschieden. **Nicht nur die Kinder werden durch die Mutationen ansteckender, sondern alle.** Das heißt, dass von Kindern im Endeffekt immer noch ein relativ geringes Ansteckungsrisiko ausgeht.

Außerdem ist es besonders für die Entwicklung von kleineren Kindern wichtig, dass Sie die Mundpartien ihres Gegenübers sehen können.

### **Ist das diesjährige Abitur vollwertig?**

Darauf antwortet die Ministerin mit einem **klaren Ja!** Das diesjährige Abitur ist zu 100% vollwertig. Die Schulen sind dazu angehalten worden, besonders die Kompetenzen zu fördern, die für den Abschluss notwendig sind.

Es gibt aber auch Überlegungen eine „Summer-School“ zu organisieren, um eventuelle Defizite aufzufangen, die Studienanfänger für ihr Studium brauchen könnten.

### **Warum darf in den Schulen nicht gesungen werden?**

Beim Singen verbreiten sich die **Aerosole** im Raum anders als beim Sprechen. Weil beim Singen anders geatmet wird, müsste man in einem Raum 10 Quadratmeter pro Person vorsehen. Auch die Masken können beim Singen nicht ausreichend Schutz bieten, der ausschlaggebende Faktor ist hier einfach der Raum.

### **An wen können sich die Schüler wenden, wenn sie Probleme mit dem Stress haben und die Belastung nicht mehr aushalten?**

Es gibt an jeder Schule einen „**Kaleido**“-Ansprechpartner. Auch die Streetworker im Norden der DG können Hilfe leisten, sowie die **Jugendarbeiter** aus den Jugendtreffs. Auch der Hausarzt kann ein Ansprechpartner sein.

Es ist sehr wichtig, dass sich jeder, dem es nicht gut geht, Hilfe sucht.

### **Könnte die Idee der Studentenblase auch auf Schüler übertragen werden?**

Die Schüler haben bereits drei mögliche Blasen: Der Haushalt, die Klassenblase und eine Freizeitaktivität. Die Studentenblase wäre nur eine zusätzliche Blase für Studenten, die in einem Kot wohnen.

Die Schüler haben außerdem die Möglichkeit, sich auch außerhalb der Schule mit ihrer Klassenblase zu treffen. **Es gab auch schon viele kreative Ideen - seitens der Schulen - innerhalb dieser Blasen Aktivitäten zu organisieren. Die Ministerin begrüßt diese Initiativen und ermutigt dazu, sie zu ergreifen.**

Verfasser: Grégory Dalbert

Stand: 26.02.2021